

Implosionsgefahr und EU-Flaggen auf Halbmast

Es ist wieder einmal EU-Gipfel, und es zeigt sich, dass die Staats- und Regierungschefs auf hochkomplexe Probleme nur mit wenig komplexen Antworten reagieren. Das ist ein Rezept für den Untergang der EU.

John Casti

Die EU steht derzeit vor so vielen finanziellen, politischen und sozialen Krisen, dass es schwierig ist, dasjenige unter den vielen Problemen zu identifizieren, das womöglich zum Katalysator ihres Untergangs werden wird. Die aktuell größte Krise ist wohl die große Zahl an Einwanderern, die täglich an den EU-Grenzen ankommen. Schon länger leidet Europa unter einer labilen Bankenstruktur und unter dem weiter wachsenden öffentlichen Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen der EU.

Zusammengenommen ergibt das einen „perfekten Sturm“ von Krisen, der in den nächsten Jahren fast sicher zu einer stark veränderten EU führen wird, wenn nicht gar zu ihrer völligen Auflösung. Im Folgenden sollen hier – mithilfe von Werkzeugen wie der „sozialen Stimmung“ und der Komplexitätsanalyse – mögliche Wege skizziert werden, die dieser Zusammenbruch nehmen könnte.

Soziale Stimmung

Das einfachste „Soziometer“ zur Messung der sozialen Stimmung ist der Euro-Stoxx-50-Index, der die Börsenkurse der fünfzig größten Konzerne in Europa misst. Im Zeitraum von 1987 bis 2016 sehen wir, dass politisch „angenehme“ Dinge tendenziell immer dann passierten, wenn die Stimmung in der Gesellschaft positiv war, während „unangenehme“ Ereignisse dann auftraten, wenn die Stimmung negativ war.

Wenden wir uns nun Fragen der Komplexität zu, die zu EU-Krisen führen. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass unterkomplexe Reaktionen auf komplexe Probleme eben diese weiter vertiefen. Am einfachsten ist es, jede der drei großen Krisen – die ökonomische, die politische und die



Im Kommissionsgebäude in Brüssel stapeln sich die Probleme: Anhaltender Migrationsdruck, hohe Arbeitslosigkeit, der Brexit und eine weiterhin schwächelnde (Finanz-)Wirtschaft bringen die Union an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit.

soziale – vom Standpunkt der jeweiligen Systeme und ihrer jeweiligen Komplexität zu betrachten.

Beginnen wir mit der Wirtschaftskrise, und gehen wir davon aus, dass Mitgliedsländer der Eurozone Systeme sind, die mit dem Rest der Weltwirtschaft interagieren. Wären die Länder nicht im starren Korsett der Eurozone, besäßen sie vielfältige Möglichkeiten, um die sich ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu bewältigen. Sie könnten zum Beispiel die eigene Währung anpassen, die Zinsen erhöhen oder senken, Handelszölle und dergleichen verhängen. Mit anderen Worten: Sie hätten – gemessen an den Graden der ökonomischen Freiheit – eine hohe Komplexität an Handlungsoptionen zur Verfügung.

Stattdessen sind diese Handlungsoptionen stark eingeschränkt, da kein Land einseitig handeln kann, sondern nach dem Diktat der Europäischen Zentralbank

handeln muss. So entsteht eine Kluft zwischen einem hochkomplexen System (der Welt) und einer geringen Komplexität (die Eurozone-Mitgliedstaaten). Darlehen der wohlhabenderen Länder der Eurozone und die Bemühungen der EZB, diese Komplexitätskluft zu schließen, könnten letztlich das Gegenteil bewirken und zum Ende des Euros führen.

In Sachen politischer Krise bietet das Brexit-Referendum im Juni 2016 ein perfektes Beispiel: Ein nationales politisches System steht in Konkurrenz zur supranationalen Technokratie in Brüssel, die eine Beschränkung der nationalen Souveränität erfordert, um eine europäische Bundesunion zu erreichen. Das britische Wahlvolk ist hier das System der geringen Komplexität, für das Brüssel in den letzten Jahren allzu komplex wurde.

Eine ähnliche Diskrepanz zwischen niederer und hoher Komplexität finden wir auf Länderebe-

ne. In praktisch jedem EU-Land haben die Wähler den Glauben an ihre Politiker verloren und sehen die nationale Regierung als ein lokales Brüssel-Surrogat. Das führte in den letzten Jahren zu einer Abkehr von Politikern der moderaten Mitte hin zu populistischen Kandidaten weit rechts und weit links, die eine Rückkehr zu einer einfacheren, gemütlicheren Vergangenheit versprechen.

Enorme Arbeitslosigkeit

Jene Parteien, die Zulauf erhielten, sind euroskeptisch eingestellt, was die Aufrechterhaltung der EU nicht eben erleichtert. Dazu kommt eine nicht unbeträchtliche soziale Krise: die enorme Zunahme der Arbeitslosigkeit in den letzten fünfzehn Jahren, von der vor allem die südlichen Länder der EU betroffen waren.

Die dominierende soziale Krise in Europa ist heute der Umgang mit dem massiven Zustrom von Zuwanderern und Flüchtlingen. Allein im Jahr 2015 kamen in der EU über 1,3 Millionen Menschen aus dem Nahen Osten und Mittle-

ren Osten sowie Afrika an. Auch bei der Bewältigung dieser Herausforderung gibt es zwischen der EU und den Migranten ein Komplexitätsdilemma.

Gegenwärtig besitzt die EU in der Frage nur vergleichsweise geringe Komplexität, weil sie nur wenige Maßnahmen ergreifen kann: entweder weiter Flüchtlinge aufnehmen oder die Grenzen dichtmachen. Die Migranten auf der anderen Seite können grundsätzlich an die Tür eines jeden der 28 EU-Mitgliedsstaaten klopfen. Das schafft eine enorme Spannung.

Was kann man in der Situation machen? Eine diplomatische Anstrengung, den Krieg in Syrien zu beenden, ist ebenso ein Desiderat wie die Sicherung der Grenzen im Mittelmeer. Vor allem aber muss die EU den Aufbau einer umfassenden, koordinierten Migrationspolitik unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, humanitären Sicherheit und politischen Faktoren bewerkstelligen. Dies bedeutet, dass eigene EU-Institutionen geschaffen werden müssen, was wiederum eine Übertragung der Souveränität aus einzelnen EU-Staaten bedeuten würde.

Wenig optimistische Analysen

Es ist offensichtlich, dass einer solchen EU-koordinierten Migrationspolitik viele Staaten nichts abgewinnen können. Während eine komplexe Lösung dieser sozialen Krise sein könnte, die Migration zu einer außenpolitischen Angelegenheit aufzuwerten, sieht man sie lieber „unterkomplex“ als eine Angelegenheit der Strafverfolgung.

Was also wird in den nächsten Wochen und Monaten mit der Europäischen Union passieren? Im Moment sind Prognosen schwierig. Aber diese hier angedeuteten Analysen machen nicht gerade optimistisch und legen nahe, dass die Europäische Union, wie wir sie kennen, fast sicher implodieren wird.

JOHN CASTI ist ein US-amerikanischer Mathematiker, Komplexitätsforscher und Autor zahlreicher Sachbuch-Bestseller mit Wohnsitz in Wien und Santa Fe. Er arbeitete am Santa Fe Institute, an der TU Wien und am IASA in Laxenburg. Er ist Mitgründer der internationalen Beratungsfirma X-Event Dynamics, die sich auf die Analyse von Extremereignissen in ihren Auswirkungen auf Wirtschaft und Politik spezialisiert.



John Casti: Das starre Korsett der Eurozone schadet.

Foto: Urban

LESERSTIMMEN

Weltfremd

Betrifft: „Es gibt noch immer dieses Armutschkerl-Denken“ – Interview mit Behindertenanwalt Hansjörg Hofer von Lisa Nimmervoll

DER STANDARD, 16. 6. 2017

Einige Aussagen des neuen Behindertenanwalts bedürfen dringend einer Erwiderung.

Die Wirtschaft weiß zwar, dass sie Barrierefreiheit herstellen muss, tut dies aber nicht und sondert Menschen mit Behinderung lieber weiterhin aus.

Die Politik ist nach wie vor desinteressiert an der Lage der Menschen mit Behinderung. Dass die neue Mariahilfer Straße nicht barrierefrei ist, verdanken wir ebenso der rot-grünen Stadtregierung wie die vielen neuen Schanigärten mit Stufen: Briefe an die Abgeordneten oder an den zuständigen Stadtrat mit konkreten Forderungen und Vorschlägen werden entweder gar nicht oder negativ beantwortet.

Es fehlt also nicht an Bewusstsein und einer guten Ausbildung der Ausführenden, wenn es um die Einhaltung von Gesetzen geht, sondern es fehlt an Kontrollen und dem Willen zur konkreten

Umsetzung von Gesetzen und damit auch den Menschenrechten in dieser Stadt.

Bereits vor 30 Jahren kämpfte ich als Abgeordneter der Grünen für Integration und für die Abschaffung der Sonderschulen. Dass ich nun vom neuen Behindertenanwalt eine Befürwortung von Sonderschulen lesen muss, enttäuscht mich unendlich. Damit steht Dr. Hofer im Widerspruch zur Meinung der österreichischen Behindertenbewegung. Zu glauben, dass besser ausgestattete Sonderschulklassen einen Anreiz darstellen würden für deren Besuch von nicht behinderten Kindern, ist meiner Meinung nach weltfremd. Manfred Srb, per Mail

Nicht nur Nein sagen

Betrifft: Unsere Berichterstattung über den Brexit

Dem STANDARD gebührt Dank und Anerkennung für die ausführliche, objektive Berichterstattung zu Brexit, Zukunft der EU, Briten und ihre Krisen. Die Erfahrung zeigt, dass wenn sich im Rahmen der europäischen Integration Partner über das zu erreichende Ziel einig sind, dieses Ziel auch zeitgerecht erreicht wird. Daher kann

davon ausgegangen werden, dass die Brexitverhandlungen wie vorgesehen im März 2019 erfolgreich abgeschlossen sein werden.

Eines der schwierigsten Probleme, denen sich Europa gegenüberstellt, ist zweifellos die Flüchtlingsfrage. Wenn die jüngsten Vorschläge von Außenminister Kurz auf zum Teil heftige Kritik stoßen, müssten doch gleichzeitig andere konkrete Lösungen angeboten werden. Nur nein sagen genügt nicht.

Wolfgang Wolte, 9232 Rosegg

Gefährliche Spaltung

Betrifft: Bericht über die Chatham-House-Studie über zentrale Fragen der EU DER STANDARD, 20. 6. 2017 Ich bin empört, dass sich der STANDARD ganz im Stile von Trump und Co an der unreflektierten Spaltung „Bürger – Eliten“ beteiligt.

Schon im Untertitel und dann im gesamten Text wird die Unterscheidung „Bürger/Bevölkerung“ einerseits und „Eliten“ andererseits kritiklos übernommen. Verschärft wird diese Spaltung durch den Zusatz in der Grafik, die diesen Gegensatz ausführt und gleich die NGOs mit in den Topf wirft. NGOs, Journalisten usw. (also

„Eliten“) sind ebenso Bürger und Bürgerinnen wie alle anderen.

Wer sich daran beteiligt, hier einen Graben herzustellen, beteiligt sich an der gefährlichen Spaltung der Gesellschaft und bereitet den Rechtspopulisten den Boden.

Eva-Maria Jenkins-Krumm
1070 Wien

Rechtzeitig aufstocken

Betrifft: FPÖ-Bedingungen für Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ Mein Wunsch für den Fall einer FPÖ-Regierungsbeteiligung: die rechtzeitige Aufstockung der Kapazitäten der Korruptionsstaatsanwaltschaft.

Gerhard Elsigan, 4053 Haid

Unerträglicher Grundton

Betrifft: „Politiker glücklich zu machen ist nicht unser Job“ von Armin Wolf DER STANDARD, 22. 6. 2017 Ich persönlich muss seit geraumer Zeit den Fernseher abdrehen, wenn Wolf erscheint. Ich kann den Grundton und das Selbstverständnis dieses Herrn in seiner Funktion als Moderator eines vom einfachen Steuerzahler zwangsläufig finanzierten Staatssenders nicht mehr ertragen.

Christine Schadenhofer, per Mail